

Diskriminierung: Landesregierung muss Beratung für Betroffene einheitlich regeln

Ratsuchende nicht alleine lassen

Wer bei einem Arztbesuch oder im Krankenhaus aufgrund einer Behinderung, der Herkunft oder sexuellen Orientierung diskriminiert wird, hat es in Deutschland schwer, Anlaufstellen für eine Beratung oder Beschwerde zu finden. Das zeigt eine aktuelle Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Auch in Niedersachsen ist die Lage in diesem Bereich prekär – eine flächendeckende Ausstattung mit Ansprechpartner*innen gibt es nicht. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb von der Landesregierung, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.



Foto: stokkete / Adobe Stock

Für Menschen mit Behinderung, die beispielsweise bei einem Arztbesuch Diskriminierungserfahrungen machen, gibt es oftmals keine unterstützende Anlaufstelle vor Ort.

Die Zahlen des Landeskriminalamts Niedersachsen sind besorgniserregend: Immer mehr Menschen erleben aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihres Glaubens oder einer Behinderung Übergriffe und Diskriminierung. Gleichzeitig gibt es in Niedersachsen aber keine einheitliche Struktur, die Betroffenen in solchen Situationen zur Seite steht. „Ob die Bundesländer Antidiskriminierungsstellen einrichten, hängt vom Willen der Politiker*innen ab. Der scheint allerdings nicht dazu zu sein“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Es gebe zwar in einzelnen Städten und Gemeinden Angebote – zum Beispiel in Hannover, Lüneburg oder Oldenburg – von einer flächendeckenden Struktur sei man jedoch weit entfernt. „Es kann

nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob ich bei Erfahrungen mit Diskriminierung Hilfe bekomme oder nicht“, kritisiert er.

In acht Bundesländern gibt es bereits zentrale Landesdiskriminierungsstellen, in drei weiteren sind diese im Aufbau. „Niedersachsen gehört leider nicht dazu. Das allein macht deutlich, welchen Stellenwert die Antidiskriminierungsarbeit hat“, so der Vorstandsvorsitzende. „Wir brauchen dringend eine zentrale Stelle, die sich um den Aufbau und die Steuerung einer einheitlichen Beratungsstruktur kümmert. Das muss die Landesregierung in Angriff nehmen“, fordert er und ergänzt: „Derzeit scheint der soziale Zusammenhalt zu bröckeln. Umso wichtiger ist es, dafür zu sorgen, dass Ratsuchende nicht alleingelassen werden.“

SoVD fordert mehr Engagement für Gerechtigkeit

Soziale Grundrechte

In diesem Jahr feierte das Grundgesetz, die Basis für das demokratische Zusammenleben in unserem Land, seinen 75. Geburtstag. Anlässlich dieses Jubiläums macht der SoVD deutlich, dass durch das Grundgesetz auch die Regeln für ein soziales Deutschland festgelegt werden. Er fordert deshalb seitens der Politik mehr Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

„75 Jahre sind ein Grund zum Feiern – und in Zeiten, in denen Politiker*innen angegriffen werden und rechtsextremistische Parteien an Zulauf gewinnen, ist das Grundgesetz wichtiger denn je“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Eins werde aber häufig vergessen: „Das Grundgesetz legt auch fest, dass der Staat für sozialen Ausgleich sorgen muss, wenn Ungerechtigkeiten auftreten.“ Hier gebe es in der derzeitigen Politik noch massiven Nachholbedarf. Deshalb fordere Niedersachsens größter Sozialverband vor allem mehr

Engagement in den Bereichen Armut und Wohnen. „Mehr als 17 Prozent der Menschen in Niedersachsen sind von Armut bedroht. In einem reichen Land wie Deutschland darf das nicht sein“, so Swinke. Gerade beim Bürgergeld müsse es endlich Regelsätze von mindestens 730 Euro monatlich geben, damit die Existenz der Betroffenen gesichert werden kann. Zudem gebe es in Niedersachsen noch immer zu wenig bezahlbaren Wohnraum. „Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Sozialwohnungen wieder gesunken. Anstatt bergauf, geht es immer weiter bergab“, kritisiert der niedersächsische SoVD-Chef.

Zum 75-jährigen Jubiläum hat der SoVD noch eine grundlegende Forderung. „Während das Grundgesetz bei den politischen Freiheiten und Rechten sehr konkret ist, bleibt es bei den sozialen Grundrechten ziemlich ungenau. Das Recht auf Arbeit, Wohnen und Bildung führt ein Schattendasein“, erläutert Swinke. Einklagbare soziale Grundrechte gebe es bis heute nicht: „Das muss sich ändern.“

Menschen müssen endlich vor Hitze geschützt werden

Gesundheit in Fokus rücken

Wenn Wetterexpert*innen Recht behalten, wird der kommende Sommer sehr heiß. Für viele Menschen wird es bei hohen Temperaturen gesundheitlich problematisch. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Konzepte angemahnt, mit denen Städte und Kommunen mit extremer Hitze umgehen und Betroffene schützen könnten. Bislang ist kaum etwas passiert. Für den SoVD in Niedersachsen ist das gerade im Hinblick auf den morgigen „Hitzeschutzaktionstag“ ein unhaltbarer Zustand – er fordert endlich mehr Tempo bei dem Thema.

Jedes Jahr werden Warnungen und Erklärungen abgegeben, die auf die Gefahren der Hitze und auf die Wichtigkeit von konkreten Maßnahmen hinweisen. „Immer, wenn der Sommer naht, kommt das Thema bei der Politik wieder auf die Tagesordnung. Eine schnelle Umsetzung der ganzen Pläne gibt es aber bislang nicht. Das zieht sich ewig in die Länge“, kritisiert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Dabei sei statt Lethargie Tempo angesagt. „Für Ältere, Pflegebedürftige, Kinder und Menschen mit Herz-Kreislauferkrankungen sind hohe Temperaturen eine enorme Bedrohung. Hier kommt es häufig zu schweren gesundheitlichen Problemen und sogar Todesfällen“, erläutert Swinke weiter.

Niedersachsens größter Sozialverband sieht hier vor allem die Kommunen in der Pflicht.



Foto: Chalabala / Adobe Stock

Hitzeperioden sind vor allem für Kinder und ältere Menschen eine gesundheitsgefährdende Belastung.

„Schon vor vier Jahren haben die Gesundheitsminister*innen festgestellt, dass Hitzeschutzpläne vor Ort dringend notwendig sind. Noch immer haben die wenigsten Kommunen in Niedersachsen sich umfassend mit dem Thema beschäftigt. Und da reden wir noch nicht einmal über die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen“, so der Vorstandsvorsitzende.

Deshalb fordert der SoVD nicht nur entsprechende Pläne, sondern auch eine schnelle Umsetzung. „Wir müssen Pflegeheime, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Schulen und Kitas hitzefest machen. Da darf es nicht nur um Vorbeugung gehen, sondern auch um bauliche Maßnahmen“, sagt Swinke. Jede*r Hitzetote sei eine*r zu viel.